

1968: Frühling in Prag - Zwist der Bruderparteien

1968: Als „Bruderparteien“ den Prager Frühling stoppten*

Wenn 1968 Demokratiebewegungen nicht nur die westliche Welt aufrüttelten, sondern mit dem Prager Frühling auch den Ostblock, lag das wohl daran, dass die Integrationskraft beider Hegemonialmächte an ihre Grenzen gekommen schien.



16. Juli 2018 · Sabine Kebir

Dass sich Bestrebungen nach mehr Eigenständigkeit auch in der ČSSR rührten, war überfällig. Das Land hatte sowohl demokratische als auch linke Traditionen – warum sollten sie nicht endlich einmal praktisch miteinander verbunden werden? Die 1945 als stärkste Partei aus den Wahlen hervorgegangenen Kommunisten arbeiteten zunächst in einer Koalition mit Vertretern der Exilregierung. 1948 errichtete Klement Gottwald jedoch ein rigides stalinistisches Regime, dessen Repressionen ihren Höhepunkt 1951 im antisemitisch grundierten Slánský-Prozess fand. Auch sein Nachfolger Antonín Novotný tat sich mit vorsichtigen Liberalisierungsversuchen schwerer als Führungen anderer Ostblockstaaten. In der industriell relativ entwickelten ČSSR führte der Reformstau zu besonders großer Unzufriedenheit bei Intellektuellen und Künstlern. Die 1963 nach Liblice einberufene internationale Konferenz zu Franz Kafka kam zu dem Schluss, dass sein Werk auch in der sozialistischen Welt aktuell war, weil auch sie noch von „Entfremdung“ geprägt sei. Diese Frage wurde noch jahrelang diskutiert in der Zeitschrift Literární noviny (später Literární listy), die 1967 dazu überging, die Parteiführung offen zu kritisieren. Ökonomen wie Radovan Richta und Ota Šik arbeiteten Konzepte für Reformen aus, die in Richtung einer sozialistischen „Marktwirtschaft“ wiesen. Eigentlicher Anstoß für die Neuorientierung der KPC waren aufgelaufene Spannungen zwischen Prag und der Slowakei, die sich zwar ökonomisch entwickelt hatte, aber allzu bürokratisch von der Zentrale her regiert wurde. Mit der Abwahl Novotnýs und der Wahl Alexander Dubčeks, der zuvor die Kommunisten der Slowakei geleitet hatte, zum Generalsekretär der

KPČ, kam im Januar 1968 der Umbruch. Die Einführung der Assoziations-, Presse- und Meinungsfreiheit und die Ankündigung, ein auf ökonomische Zusammenarbeit zielendes besseres Verhältnis zu Westeuropa, insbesondere zur BRD herzustellen, erfüllte Forderungen der Intelligenz und der Mittelschichten. Weil es bei den angedachten ökonomischen Reformen zunächst nur um ein effizienteres und von politischer Bevormundung unabhängigeres Management ging, konnte von politischer Aktivierung der Arbeiterschaft zunächst keine Rede sein.

Obwohl auch die neuen ökonomischen Perspektiven den Argwohn der KPs der sozialistischen „Bruderstaaten“ Sowjetunion, Bulgarien, DDR, Ungarn und Polen weckten, war es vor allem die durch die Assoziations- Presse- und Meinungsfreiheit entfesselte Zivilgesellschaft, die Alarm auslöste. In einem gemeinsamen Brief der ZKs der KPs dieser Länder an das ZK der KPČ vom 15. Juli wurde zwar versichert, dass man die ČSSR nicht „an der Korrektur der Fehler und Mängel, einschliesslich der Verstösse gegen die sozialistische Gesetzlichkeit“ hindern und sich weder „in die Planung und Leitung der sozialistischen Volkswirtschaft der Tschechoslowakei“ einmischen wolle noch in die Weiterentwicklung der „sozialistischen Demokratie“. Es wäre aber offensichtlich, dass die neuen „politischen Organisationen und Clubs“ zu „Stäben der Kräfte der Reaktion geworden“ seien. „Die Sozialdemokraten fordern hartnäckig die Schaffung ihrer Partei, sie organisieren illegale Komitees“ und seien bemüht, die Arbeitervklasse zu spalten. „Die antisozialistischen Kräfte haben die Presse, den Rundfunk und das Fernsehen an sich gerissen“. Es käme zu „einer zügellosen antisozialistischen Demagogie“ und zur „Unterminierung der freundschaftlichen Beziehungen“ mit den Bruderstaaten. Als Hauptbeleg, dass die Konterrevolution am Werke war, verwies der Brief auf das von Mitarbeitern der Akademie der Wissenschaften verfasste und weite Verbreitung gefundene ´Manifest der 2000 Worte`, das die konsequente Fortführung der Reformen forderte – notfalls mit Hilfe von Streiks.

Mit den ´2000 Worten` war es tatsächlich gelungen, auch die Arbeiterschaft für den Reformprozess zu interessieren. Dass er damit aus dem Ruder geraten konnte, war der Führung bewusst. Der Vorsitzende der Nationalversammlung, Josef Smrkovský warnte, der Aufruf zu Boykott und Streik überschreite nicht nur die bestehende Gesetzlichkeit, sondern könne einen nicht mehr beherrschbaren inneren und vor allem äußeren Dynamismus auslösen. Dass nach einem gemeinsamen Manöver, das die Armeen des Warschauer Pakts in der ČSSR abhielten, die Abmarschtermine der ausländischen Verbände immer wieder verschoben wurden, hatte in den freien Medien des Landes Empörung ausgelöst und musste als Menetekel verstanden werden.

Das Präsidium der KPČ versicherte in seinem Antwortbrief an die „Bruderparteien“, die Aufforderung der ´2000 Worte` zu „anarchistischen Aktionen, zu Verletzung des verfassungsmäßigen Charakters unserer politischen Reform“ zurückgewiesen zu haben, weshalb das Manifest „weder die Partei, die Nationale Front noch den sozialistischen Staat“ gefährde. Man sei sich allerdings bewusst, dass die ´2000 Worte` ermöglicht wurden, weil „wir die Zensur aufgehoben und die Freiheit des Wortes und der Presse gesetzlich verankert haben. Was früher nur als ´Flüsterpropaganda` u. ä. verbreitet wurde, kann nun öffentlichen Ausdruck erhalten.“ Eine Zurücknahme dieses Grundpfeilers der Reformen wurde ausgeschlossen, weil „die absolute Mehrheit der Bürger aller Klassen und Schichten“ dahinter stünde und die KPČ „den Beweis erbringen“ wolle, „dass sie in der Lage ist, anders als mit den verurteilten bürokratischen

Polizeimethoden politisch zu führen und zu leiten. Künftig wolle die Partei „ihre führende Rolle“ also nicht mehr verwirklichen, „indem sie die Gesellschaft beherrscht, sondern dadurch, dass sie mit größter Ergebenheit deren freier, fortschrittlicher, sozialistischer Entwicklung dient. Sie kann sich Autorität nicht erzwingen, sondern muss sie unaufhörlich durch Taten gewinnen. Ihre Linie kann sie nicht durch Anordnungen, sondern durch die Arbeit ihrer Mitglieder, durch die Wahrhaftigkeit ihrer Ideale durchsetzen.“ Obgleich der neue Weg nicht risikofrei sei, gab sich die KPČ überzeugt, dass „die Konsolidierung der politischen Situation günstig verläuft.“ Man versicherte, alle Verpflichtungen im antiimperialistischen Kampf zu erfüllen, die man gegenüber den „Bruderstaaten“ eingegangen sei und dass die Grenzen zum Westen geschützt blieben. Der Brief hob sogar hervor, dass man bei der Normalisierung der Beziehungen zur Bundesrepublik die Interessen der DDR „respektieren ...und verteidigen“ wolle.

Meine Anfang August 1968 mit einigen Freunden angetretene Reise nach Prag und Böhmen hatten unsere Eltern nur nicht verhindern können, weil wir schon volljährig waren. Ihrer Überzeugung nach war der Einmarsch der „Bruderarmeen“ nur noch eine Frage von Tagen oder Wochen. Den überwältigend schönen Marktplatz von Budweis stellten auch wir uns schon einmal mit sowjetischen Panzern vor – ein scheußliches Bild, das wenig später tatsächlich auf den Bildschirmen präsentiert wurde. Aber noch war es nicht so weit. Beim Trampen erlebten wir die hoffnungsvolle Stimmung, die in der ČSSR herrschte. Im Prager Studentenheim in der Slavikova waren der Briefwechsel zwischen den „Bruderparteien“ und dem Präsidium der KPČ und die ‚2000 Worte‘ deutschsprachig erhältlich. Beides habe ich – drei Tage vor der Invasion – in Zeitung verpackt im Abfalleimer der Zugtoilette bis nach Berlin geschmuggelt. Andere, die diese Dokumente im persönlichen Gepäck transportierten, wurden verhaftet.

* Dieser Artikel erschien unter dem Titel ‚1968 Skeptische Brüder‘ in: Der Freitag no 16 v. 19. 4. 2018, S. 16.